

# Rechtsprobleme der gemeinschaftlichen Koordinierung und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs durch Bund, Länder und Gemeinden

Von

Hans-Wolfgang Arndt



Duncker & Humblot · Berlin

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	9
------------------	---

## *Erster Teil*

### **Bedeutung des Art. 104 a Abs. 1 GG für die Kostentragung bei Erfüllung öffentlicher Aufgaben**

1. Allgemeine Bedeutung des Art. 104 a Abs. 1 GG .....	10
2. Inhalt des Art. 104 a Abs. 1 GG .....	10
3. Bedeutung des Art. 104 a Abs. 1 GG für den Untersuchungsgegenstand .....	12

## *Zweiter Teil*

### **Verwaltungszuständigkeit nach Art. 30, 83 ff. GG bei den verschiedenen, der Untersuchung zugrunde liegenden Verträgen**

1. Verträge über den Ausbau von Bahnstrecken, insb. Elektrifizierungs-, Modernisierungs- und Rationalisierungsvorhaben sowie Weiterbetrieb von unrentablen Strecken .....	18
a) Inhalt der Verträge beim Ausbau von Bahnstrecken .....	18
b) Inhalt der Verträge beim Weiterbetrieb von unrentablen Bahnstrecken .....	19
c) Grundsätzliche Verwaltungszuständigkeit bei Bundesbahnstrecken nach Art. 30, 83 ff. GG .....	20
d) Verwaltungskompetenz bei Bundesbahnstrecken, die dem Wirtschaftlichkeitspostulat des § 4 AEG nicht genügen .....	23
e) Ergebnis .....	28
2. Grundverträge über Verkehrs- und Tarifverbände und die dazu gehörenden Gesellschaftsverträge .....	28
a) Inhalt der Verträge .....	28
b) Verwaltungszuständigkeit .....	29
c) Ergebnis .....	31

3. Verträge über Tarifgemeinschaften .....	32
a) Inhalt der Verträge .....	32
b) Verwaltungszuständigkeit .....	33
c) Ergebnis .....	37
4. Verträge über die Durchführung von Personenbeförderungen innerhalb der Gemeinden oder eines Landkreises .....	38
a) Inhalt der Verträge .....	38
b) Verwaltungszuständigkeit .....	38
c) Ergebnis .....	39
5. Verträge zwischen Gemeinden oder Landkreisen und der DB über die Schülerbeförderung .....	40
a) Schülerbeförderung durch den Bahnbereich der DB .....	40
aa) Inhalt der Verträge .....	40
bb) Verwaltungszuständigkeit .....	40
b) Schülerbeförderung durch den Schienenbereich der DB .....	42
aa) Inhalt der Verträge .....	42
bb) Verwaltungszuständigkeit .....	42
c) Ergebnis .....	43
Ergebnis des Zweiten Teils .....	43

### *Dritter Teil*

#### **Ausgabenzuständigkeit nach Art. 104 a Abs. 1 GG bei den verschiedenen, der Untersuchung zugrunde liegenden Verträgen**

I. Zulässigkeit von Vereinbarungen über die Kosten bei Projekten, die der Bundesverwaltung allein unterliegen .....	47
1. Ausgangssituation .....	47
2. Vereinbarkeit der Kostenverträge mit Art. 104 a Abs. 1 GG .....	47
a) Wortlautinterpretation .....	48
b) Historische Interpretation .....	49
c) Systematische Auslegung .....	49
d) Objektiv-teleologische Auslegung .....	50

e) (Zwischen-)Ergebnis der Auslegung .....	52
f) Keine Anwendung des Art. 104 a Abs. 1 GG bei Baulasten? .....	52
g) Ausnahme vom Verbot der Mischfinanzierung bei eindeutigem Willen des historischen Verfassungsgebers? .....	53
h) Ausnahme vom Verbot der Mischfinanzierung beim Betrieb oder Ausbau unwirtschaftlicher Bahnstrecken? .....	54
3. Ergebnis .....	59
II. Zulässigkeit von Vereinbarungen über die Kosten von Projekten, bei denen hinsichtlich der Verwaltungszuständigkeit eine Gemengelage besteht .....	60
1. Ausgangssituation .....	60
2. Vereinbarkeit der Verträge mit den Art. 30, 83 ff. GG .....	60
a) Verbotene Mischverwaltung? .....	61
b) Vereinbarkeit der Verbundverträge mit den Art. 30, 83 ff. GG .....	64
c) Vereinbarkeit der Verträge über Tarifgemeinschaften mit den Art. 30, 83 ff. GG .....	70
3. Vereinbarkeit der Verträge mit Art. 104 a Abs. 1 GG .....	72
a) Verbotene Mischfinanzierung? .....	72
b) Zulässigkeit der Vereinbarungen nach den speziellen Lastenverteilungsregeln im GG? .....	73
c) Zulässigkeit der Vereinbarungen nach Art. 104 a Abs. 1 GG .....	73
aa) Grundsätzliche Zulässigkeit gemeinsamer Finanzierungen bei Gemengelagen .....	73
bb) Verfassungsmäßigkeit der einzelnen „Mischfinanzierungen“ .....	78
III. Zulässigkeit von Vereinbarungen über die Kosten bzgl. der Landes- oder Kommunalverwaltung unterfallenden Aufgaben, die von der Bundesverwaltung durchgeführt werden .....	79
1. Ausgangssituation .....	79
2. Zulässigkeit der Vereinbarungen über die Übertragung der Aufgabenwahrnehmung .....	80
a) Die Betrauung der DB mit Aufgaben anderer Verwaltungsträger als Organleihe? .....	80
b) Zulässigkeit der Betrauung der DB mit Aufgaben kommunaler Gebietskörperschaften nach den Art. 30, 83 ff. GG .....	81
3. Vereinbarkeit der Kostenvereinbarungen mit Art. 104 a Abs. 1 GG .....	84
4. Vereinbarkeit der Vereinbarungen mit einfachgesetzlichen Regelungen ..	85
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>89</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>94</b>